

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 1939.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

Telegraphische Nachrichten der Danz. Ztg.

Potsdam, 31. Januar. Mittags 12 Uhr fand im hiesigen königlichen Stadtschloss die Taufe des Sohnes des Prinzen Friedrich Leopold durch den stellvertretenden Schlosspfarrer Consistorialrath Dr. Dryander statt. Der Kaiser und die Kaiserin wohnten der heiligen Handlung bei. Der Prinz erhielt die Namen „Joachim Wilhelm Sigismund Victor Friedrich Leopold“. Nach der Feier fand eine Galatase von 180 Gedekken im Marmorsaal statt.

Dresden, 31. Jan. Das heute Vormittag ausgegebene Bulletin besagt: Die Königin hatte in der vergangenen Nacht guten Schlaf. Die katarhalischen Erscheinungen sind gering, der Appetit ist befriedigend. In den Abendstunden war etwas Fieber vorhanden.

Wien, 31. Jan. Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht den Handels- und Zollvertrag, sowie das Viehseuchen- und Musterschutz-Übereinkommen mit Deutschland, die Handels- und Schiffsverträge mit Italien und Belgien, den Handelsvertrag mit der Schweiz und die Ministerialverordnung betreffend die Durchführung dieser Verträge.

London, 30. Januar. Nach einer Meldung des Blattes „Panith Fair“ ist der Zustand des Prinzen Georg (des ältesten Sohnes des Prinzen von Wales) anhaltend unbeständig. Mehr aus diesem als aus einem anderen Grunde reise die Prinzessin von Wales mit ihren Töchtern Victoria und Maud nach St. Raphael, wo man die Wiederherstellung des Prinzen erwarten.

Paris, 31. Jan. Nach einer Meldung aus Rio de Janeiro ist ein neuerlicher Versuch, den Gouverneur der Provinz São Paulo abzusehen, gescheitert.

Rom, 30. Januar. Wie der „Diritto“ meldet, wurde in Folge eines provisorisch zu vollstreckenden, vom Unterrichtsminister veranlassten gerichtlichen Beschlusses die Prinzessin Sciarra vom Generaladvokaten benachrichtigt, daß die Kunstsäle der Familie Sciarra mit Beschlag belegt sei. Die Prinzessin habe gegen die Beschlagnahme Einspruch erhoben, indem sie erklärt habe, daß die Galerie nicht zum Familienfideicommiss gehöre. Nach einem bisher nicht bestätigten Gericht seien ein Rafael (vermutlich „Der Geigenspieler“), ein Tizian und ein Perugino aus der Galerie verschwunden, während die Kammercommission das Gesetz betreffend den Schutz der Galerie verließ. Zwei Beamte hätten heute bei Besichtigung der Galerie das Abhandenkommen wertvoller Gemälde festgestellt.

Benedig, 31. Jan. In der gestrigen leichten Sitzung der Sanitäts-Conferenz wurde eine allgemeine Beschlüsse refunrende Convention unterzeichnet. In den technischen Fragen wurde die vollste Übereinstimmung erreicht. Einige diplomatische Delegirte behielten sich die Unterzeichnung noch vor, dieselben warten die Instructionen ihrer resp. Regierungen ab. Vor dem Schluss fand eine Kundgebung der Conferenz für den König Humbert und eine Dankeskundgebung für Italien, das gastfreundliche Benedig und den Präfidenten d'Arco statt.

Aopenhagen, 31. Januar. Der Postdampferverkehr zwischen Gjedser und Wornemünde war beständig Sturmhalber heute unterbrochen. Der Eisgang hatte die Pontonbrücke über den Lymfjord gesprengt.

Brüssel, 31. Januar. Ein Theil der Stadt Chimay ist heute durch eine Feuersbrunst zerstört worden.

Brüssel, 30. Januar. Der „Nord“ (der unter russischem Einfluß stand)theilt mit, daß er sein Erscheinen augenblicklich wegen des Todes des Leiters des Blattes eingestellt habe.

Stadt-Theater.

Der Sonnabend brachte das dritte Gastspiel des Herrn Kammersängers Th. Reichmann in der denkwürdigen Oper des weiland Doctor Heinrich Marschner „Hans Heiling“, mit der Marschner sein Bestes gethan hat, das vielfach, wenn auch nicht überall im besten Sinne, vorbedeutend war. Jedenfalls hatte Marschner damit die Entwicklung der Oper gefördert und sie nachdrücklich unter einen höheren Gesichtspunkt gestellt, mochten auch die Ideen, die er mit dem Textdichter vertrat, noch unklar sein und zuletzt sich nicht als haltbar erweisen. Und was er als Musiker in den Dienst seines Denkens über die Oper zu stellen vermochte, war eine große Summe von Talent; das specificisch Geistreiche, wie das Volksthümliche in Melodie und Instrumentation, Gestaltungskraft und Fluß der Erfindung standen ihm gleichmäßig zu Gebote. In der Scene, wo Gertrud, während draußen der Sturm tobt, in mütterlicher Gorge um Anna, die durch den Wald unterwegs ist, allein vor dem Spinnrad weilt, erreicht er fast Beethoven'sche Tiefe; und durchaus genial ist jenes Quartett im 2. Akt zu nennen, in welchem auf dem heiteren Hintergrunde, den das tanzende Landvolk bildet, sich der düstere Conflict zwischen Anna, die nach dem Tanz mit Conrad verlangt, und dem eifersüchtigen, sein Glück bedroht sehenden Heiling abspielt; den Ausdruck des Verhängnisvollen mit dem Walzerthymus zu verbinden, war eine Aufgabe, an der jeder Geringere gescheitert wäre.

Das Volksthümliche kommt am stärksten in jenem außerordentlich amüsanten Marsch der Spielleute zum Durchbruch: es reicht hier an C. M. v. Weber heran. Manchmal ist der Ausdruck im Verhältniß zum Gujet zu geliebt, so in den Reimen des Stephan, oder er verliert sich ins Theatralische, wie in der Scene der Wiedereinsetzung Heilings in sein Herrscherrecht bei der

Lissabon, 30. Januar. Das amtliche Blatt veröffentlicht einen Brief des Königs, in welchem derselbe erklärt, angesichts der gegenwärtigen Lage des Landes, welche Allen Opfer auferlege, überweise er zu Gunsten des Staatschahes den fünften Theil der Civilliste.

Petersburg, 30. Januar. Die Beerdigung des Großfürsten Konstantin fand heute in Gegenwart der Mitglieder der kaiserlichen Familie mit großer Feierlichkeit statt. Der Kronprinz von Schweden nahm an der Feier persönlich Theil. Der deutsche Kaiser war durch den General v. Werder vertreten.

Petersburg, 30. Januar. Wie der „Regierungsbote“ meldet, wurde der Communications-Minister von Hübben auf sein Ansuchen seines Amtes entthoben unter Belassung in seiner Stellung als Staatssekretär und Senator.

Petersburg, 31. Januar. Die Deputation des 2. Rheinischen Husaren-Regiments Nr. 9, welche gestern unter Führung des Obersten v. Hagenow zur Theilnahme an der Trauerfeier für den Regimentschef Großfürsten Constantin Nicolaevitsch hier eintraf, hat ihr Absteigequartier im Winterpalais erhalten.

Petersburg, 31. Januar. Der Kronprinz von Schweden wohnte heute Vormittag dem Gottesdienst in der schwedischen Kirche bei und begab sich alsdann nach dem Anitschkow-Palais, um bei dem Kaiser und der Kaiserin das Frühstück einzunehmen. Heute Nachmittag wird der Prinz das diplomatische Corps empfangen und Abends mit dem Großfürsten Thronfolger und dem Großfürsten Wladimir einen Jagdausflug machen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 1. Februar.

Die Sonnabend-Sitzung des Abgeordnetenhauses

hat immerhin ein wichtiges Ergebnis gehabt. Der Reichskanzler hat seine Erklärung vom Tage vorher wesentlich modifizirt, um er betonte ausdrücklich, daß an der Gesetzesvorlage noch viel verändert werden könnte. Er wiss selbst auf die vielen Stadien hin, welche das Volksschulgesetz durchzumachen habe. 200 Paragraphen wären zu erledigen, und da könnte man noch nicht wissen, was aus der Vorlage im einzelnen würde. Der Abgeordnete Ricker nahm diese Bemerkung auf und antwortete, daß die Liberalen die Vorlage auf das gründlichste in der Commission Paragraph für Paragraph durchberaten würden; auch war er der Meinung, daß sich im Abgeordnetenhaus und im Herrenhause noch manches ändern könnte. Vor allen Dingen dürfe man den Kampf und die Hoffnung noch nicht aufgeben. Schritt für Schritt müsse man zu halten suchen was zu halten wäre.

Wenn noch im Lande, wie es von Tag zu Tag mehr den Anschein hat, sich eine energische Stimmung gegen die Grundlagen des Volksschulgesetzes gefindet macht, so darf man in der That immer noch der Hoffnung Raum geben, daß es gelingt, die wesentlichen Bestimmungen, an denen die Liberalen Anstoß nehmen, zu bestätigen. Es wird jetzt darauf ankommen, daß Jeder an seiner Stelle seine Schuldigkeit thut.

Die offiziösen „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben: In unterrichteten Kreisen wird der Nachricht der „Frei. Ztg.“, daß die Herren Miquel und Benvignati ihre Abschiedsbesuche einreichen wollen, keinen Glauben geschenkt. Es wird im Gegenteil angenommen, daß die „Krise“ als befeitigt zu betrachten ist und daß namentlich für den Finanzminister, dem noch so große und wichtige Aufgaben auf dem Gebiete der Steuerreform obliegen, keine Veranlassung mehr vorliegt, auf seine Entlassung zurückzukommen. Gegenüber der

Rückkunft in sein unterirdisches Geisterreich; aber eigentlich verbloßt ist sie wohl nur in dem Vorpiel auf der Bühne. Wenn Wagner im einzelnen eine höhere Potenzirung des Ausdrucks in den Motiven erreicht, so wird bei dem Vergleiche Wagners mit diesem seinem Vorgänger, Marschner als Musiker desto mehr gewinnen, je mehr man bei Wagner das Gewolle von dem Erreichten zu unterscheiden lernt. Im Gujet hat Wagner nur die üble Seite des Heiling in seinem Holländer gezeigt: den Genialismus, der das höhere Recht allemal auf Seiten des genialen Unrechts erblickt, und den Pessimismus: wahr ist es ja, daß im Heiling auch schon der Verdruck am Leben liegt; denn er ist doch die Ursache, wegen deren Heiling von den Menschen wieder scheidet; aber ihm verunglückt doch immer nur sein Leben und zwar in Folge sehr greifbarer persönlicher Charakterfehler (Selbstunkennlichkeit, Argwohn, Nachsicht, kleinliche Eifersucht, Herrschsucht): im Holländer verkörpert sich, ohne daß wir mehr als sagenhafte Andeutungen über die Ursachen empfinden, also eigentlich undramatisch, der Hass gegen das Leben überhaupt, die Anschauung, daß Leben selbst ein Uebel sei. Im Heiling bleibt die natürliche Ordnung der Dinge aber schließlich bestehen, indem die natürliche Liebe der Anna zum Conrad zu ihrem Rechte kommt und über das unnatürliche Bündnis zwischen düsterem Genie und heiterer Naivität siegt; im Holländer zertritt der Geniale (denn das ist der Holländer, wenn er irgend etwas mehr als die personifizierte Sage sein soll) das Menschenrecht: Eriks Glück und Santas Leben werden gepflegt und zwar der ascetischen Idee, nicht einer tiefer berechtigten „Liebe“, denn weder der Holländer noch Santa bezeichnen ihre Empfindung mit diesem Namen. Immerhin vollzieht sich im Heiling schon die unheilvolle Infection der Oper mit dem Ascetismus und dem Genialismus, der nachher eine so große Rolle bei Wagner spielen sollte; dessen Tristan

Behandlung dieser Frage in einem Theile der Presse möchte darauf hinzuweisen sein, daß in Preußen die Minister nicht Minister irgend einer Partei, sondern Minister des Königs sind, welcher Lehtere allein ohne Mühsatz auf parlamentarische Erfolge oder Misserfolge die Ernennungen und Entlassungen vollzieht.

Das ist, sagt dazu die „Nat.-Ztg.“, schon richtig, aber trotzdem kann kein Minister im Amt bleiben, falls auf wichtigsten Gesetzesgebungsgebieten im Gegensatz zu seinen Überzeugungen gehandelt wird. — Betreffs des Volksschulgesetzes sagt das erwähnte officielle Organ:

Der Inhalt der leichten Rede des Herrn Reichskanzlers war offenbar nicht der, dem Abg. Anörke zu antworten, sondern Del auf die hochgehenden Wogen zu geben. Schon seine geistige (Freitags-) Rede war ohne Zweifel von der gleichen Absicht getragen, diese Absicht aber in Folge der hochgradigen Spannung der Stimmung in der Verhandlung nicht erreicht, vielmehr war noch eher eine Verschärfung der herbeigeführte

worben. Die heutige Rede des Herrn Reichskanzlers war offenbar nicht der, dem Abg. Anörke zu antworten, sondern Del auf die hochgehenden Wogen zu geben. Schon seine geistige (Freitags-) Rede war ohne Zweifel von der gleichen Absicht getragen, diese Absicht aber in Folge der hochgradigen Spannung der Stimmung in der Verhandlung nicht erreicht, vielmehr war noch eher eine Verschärfung der herbeigeführte

Redewendungen von Soldaten in verschiedenen sächsischen Regimentsbataillons befaßt und energisch auf Abbildung der Missstände drängt, welche nach den im einzelnen angeführten Beispiele zu urtheilen, eine ziemlich weite Verbreitung gewonnen haben. Insbesondere wird auf Vorgänge beim Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 12 und beim 6. Infanterie-Regiment Nr. 105 hingewiesen. Falls das vom 8. Juni 1891 datirte Aktenstück sich als echt erweist, wird dasselbe wesentlich dazu beitragen, die Nothwendigkeit einer Reform der Militärgerichtsverfassung und der Militärstrafprozeßordnung im Sinne der Gewaltthäufigkeiten und körperlichen Misshandlungen von Soldaten in verschiedenen sächsischen Regimentsbataillons befaßt und energisch auf Abbildung der Missstände drängt, welche nach den im einzelnen angeführten Beispiele zu urtheilen, eine ziemlich weite Verbreitung gewonnen haben. Insbesondere wird auf Vorgänge beim Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 12 und beim 6. Infanterie-Regiment Nr. 105 hingewiesen. Falls das vom 8. Juni 1891 datirte Aktenstück sich als echt erweist, wird dasselbe

Wismar machen. (Merkwürdig nur, daß die „Kreuztg.“ sich diesen luminösen Gedanken hat entgehen lassen.) Wie sich freilich diese Auffassung des Herrn Liebknecht mit der Stellung verträgt, welche eine am Mittwoch in Berlin abgehaltene sozialdemokratische Versammlung nach einem Vortrage des Stadtverordneten Vogtherr gegen das Schulgesetz eingenommen hat, ist nicht so leicht zu erklären. Die Versammlung hat einen feierlichen Protest sowohl gegen das Gesetz selbst wie gegen den Erlass des Cultusministers betreffend den Religionsunterricht dissidentischer Kinder beschlossen und sich zugleich für die gänzliche Beseitigung des Religionsunterrichts aus unseren Schulen erklärt. Wollen auch die Sozialdemokraten die „Geschäfte des Fürsten Bismarck“ machen?

Ein merkwürdiges Aktenstück.

Als Beitrag zu den bevorstehenden Berathungen des Militärateils im Reichstage veröffentlicht der „Vorwärts“ einen Befehl des commandirenden Generals des sächsischen Armeecorps, des Prinzen Georg von Sachsen, an die Regimentskommandeure, welcher sich eingehend mit den Gewaltthäufigkeiten und körperlichen Misshandlungen von Soldaten in verschiedenen sächsischen Regimentsbataillons befaßt und energisch auf Abbildung der Missstände drängt, welche nach den im einzelnen angeführten Beispiele zu urtheilen, eine ziemlich weite Verbreitung gewonnen haben. Insbesondere wird auf Vorgänge beim Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 12 und beim 6. Infanterie-Regiment Nr. 105 hingewiesen. Falls das vom 8. Juni 1891 datirte Aktenstück sich als echt erweist, wird dasselbe wesentlich dazu beitragen, die Nothwendigkeit einer Reform der Militärgerichtsverfassung und der Militärstrafprozeßordnung im Sinne der Gewaltthäufigkeiten und körperlichen Misshandlungen von Soldaten in verschiedenen sächsischen Regimentsbataillons befaßt und energisch auf Abbildung der Missstände drängt, welche nach den im einzelnen angeführten Beispiele zu urtheilen, eine ziemlich weite Verbreitung gewonnen haben. Insbesondere wird auf Vorgänge beim Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 12 und beim 6. Infanterie-Regiment Nr. 105 hingewiesen. Falls das vom 8. Juni 1891 datirte Aktenstück sich als echt erweist, wird dasselbe

gewissen die weiteren Berathungen über das Volksschulgesetz die vorstehend skizzierte Gestaltung an, so darf man sich der Hoffnung hingeben, daß der Wunsch des Kaisers, welcher, wie wir bestimmt versichern können, dahin geht, daß ein Volksschulgesetz am besten unter Mitwirkung aller Parteien und mit möglichst viel Stimmen zur Annahme gelangen sollte, in Erfüllung gehen wird.

Der letzte Absatz ist in den „Berl. Pol. Nachr.“

seit gedruckt. Die „Nat.-Lib. Corr.“ bemerkt in dieser Hinsicht: „Es wurden am Sonnabend im Abgeordnetenhaus einige verschönlich klingende Redewendungen ausgetauscht; der Redner der nationalliberalen Partei, Abg. Friedberg, legte in schlichter und treffender Weise den Gang der „Ariffs“ dar und rechtfertigte die Haltung seiner Partei, und Graf Caprivi war wenigstens in der Form, wenn auch nicht in der Sache, etwas entgegenkommender. Die Grundlage einer Verständigung vermögen wir darum freilich noch nicht zu erkennen.“

Sowohl mit Rücksicht auf den Inhalt wie auf den Urheber dieses merkwürdigen Aktenstückes wird diese Veröffentlichung in weiten Kreisen großes Aufsehen hervorrufen. Die angeführten neun Fälle weisen Misshandlungen roher und raffinirtester Art auf. Das Ergebnis der Verhandlung vor dem Militärgericht ist auf fallender Weise nur in sechs Fällen mitgetheilt, so daß unklar bleibt, ob die übrigen drei Unteroffiziere noch nicht abgeurtheilt sind oder ob sie gar freigesprochen wurden. Der ganze Tenor des Aktenstückes kann nur allgemeine Billigung finden.

Baiern und die Militärstrafprozeßordnung.

In der am Sonnabend abgehaltenen Sitzung des bairischen Reichstheates wurde nach Genehmigung zahlreicher Etsls lebhaft über die von

der Abgeordnetenkammer der Regierung unterbreiteten Bitte debattiert, bei der Einführung einer deutschen Militärstrafprozeßordnung darauf hinzuwirken, daß der bisher in Baiern bestehende öffentliche und mündliche Verfahren gültig bleibe und die Selbständigkeit der Militärgerichte gewahrt werde. Der Ministerpräsident Freiherr v. Crailsheim erklärte im Laufe der Debatte, die bairische Regierung verstehe unter Selbständigkeit

dessen von C. Glommer erinnern, der das hier so merkwürdig schön mache. Weiter ins einzelne zu gehen ist nicht nötig. Fräulein Mischiner stand dem Gaeste ebendürtig gegenüber, was die Schönheit der gesanglichen Leistung, die Innigkeit der Auffassung, die absolute musikalische Fertigkeit betrifft; ihre Declamation in Prosa war durchweg sinnvoll intentionirt, wenn sie auch noch als ein der Sängerin ungewohntes und wegen der Aussprache des Deutschen nicht ungefährliches Gebiet erschien; und ihr Spiel verdarb nichts an der Sache, so daß wir im ganzen eine sehr werthvolle und wirsame Leistung vor uns hatten, die die Illusion bestens aufrecht erhielt. Fr. Neuhaus gab die Gertrud in allem recht gut, nur in der Nachtscene durfte sie nicht so laut singen, sondern mußte den Alang der Stimme mehr verschleieren, wenn der romantische Ton der Scene hätte getroffen werden sollen. Den volksthümlich humoristischen Schmied gab Herr Miller ganz im Sinne der Rolle musikalisch correct und gut, man braucht sich die Partie nicht besser ausgeführt zu wünschen. In dem Conrad des Hrn. Lunde schien uns das naive Element etwas zu weit vorzuherrschen; ein mehr vertiefter, energisch männlicher Ausdruck wäre stellenweise nicht unangebracht gewesen; doch sang und spielte Herr Lunde die Partie nicht unverdientlich und technisch vollkommen fertig; nach der Seite der Schönheit des Alanges erschien seine Tonbildung in der Höhe allerdings nicht frei genug. Den Schneider Niklas, eine Sprecher- und Spielerrolle, gab Herr Arndt ganz vortrefflich und belebte damit aufs vollkommenste die Volksscene des zweiten Aktes. Chöre und Regie waren in bester Ordnung, und der Gang des Ganzen flott und sicher, der Alang des Orchesters hätte in Bezug auf forte und piano allerdings mehr Abwechslung bieten können.

Dr. C. Fuchs.

keit der Militärgerichte, daß keine vorherige Anstrengung und keine Berufung gegen militärgerechtliche Urtheile stattfinde. Auch die bairische Regierung verkenne keineswegs die Schäden, welche das öffentliche Verfahren, für die Wahrung der Disciplin mit sich führe, sie wolle jedoch die Offenlichkeit und Mündlichkeit auch fernerhin gerauht wissen und stehe dem Beschlusse der Kammer und dem Antrage der Mitglieder des Reichsraths Würzburg und General Fries auf motivierte Tagesordnung neutral gegenüber. Schließlich wurde letztere abgelehnt. Der Beschluss der Abgeordnetenkammer wurde vom Reichsrath mit geringer Mehrheit genehmigt. Für denselben stimmten auch die anwesenden Prinzen Ludwig, Ruprecht, Leopold, Arnulf und Alphons von Bayern.

Die Wahlen in Ungarn.

Nach den bisher vorliegenden Nachrichten beträgt die Majorität der ungarischen Regierungspartei allen Fractionen gegenüber 61 Stimmen, sie wird noch namhaften Zuspruchs erhalten durch sämmtliche Siebenbürger Sachsen, deren politische Führer nunmehr von allen Abgeordneten des Sachsenbodens obligatorisch den formellen Anschluß an die Regierungspartei gefordert haben, wobei denselben die Freiheit der Abstimmung in allen nationalen Fragen gewahrt bleibt, der Verlust der Regierungspartei hat sich auf 9 Mandate reduziert und dürfte bis zum Schluss der Wahlen völlig ausgeglichen werden. Das aristokratische Element im Reichstage hat sich außerordentlich vermehrt. Die Regierungspartei zählt unter ihren Mitgliedern nicht weniger als 43 Grafen und Barone.

Aus Tiszafoek und Csikszereda werden gleichfalls blutige Wahlgänge gemeldet. Im ersten Ort sind dabei eine Person getötet und viele verwundet, im letzteren mehrere getötet und verwundet worden.

Zum Conflicte zwischen der nordamerikanischen Union und Chile.

Wie aus Washington vom 30. Januar gemeldet wird, hat Staatssekretär Blaine den Gesandten Egan beauftragt, der chilenischen Regierung mitzuteilen, daß Präsident Harrison die Vorschläge Chiles zur Beilegung des zwischen den Vereinigten Staaten und Chile schwelenden Conflictes für befriedigend halte. Das Telegramm an den Gesandten Egan besagte nichts über die angeblich vom Präsidenten Harrison gestellte Forderung, daß Chile die Unionsschiffe salutire; auch im heutigen Cabinetsrat ist diese Frage gutem Vernehmen nach nicht erwähnt worden.

Abgeordnetenhaus.

9. Sitzung vom 30. Januar.

Die erste Berathung des Volksschulgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Stöcker (cont.): Diese Berathung dauert, wie die berümtete Hunnen Schlacht, schon eine ganze Woche, und wie diese hat sich auch die Verhandlung als ein vollkommener Geisterkampf herausgestellt. Zwei unüberbrückbare Anschauungen stehen einander gegenüber. In den Ausführungen des freiconservativen Redners vermissen wir die volle Würdigung der Kirche, in denen des nationalliberalen die volle Würdigung der Confessionallität und in denen des deutschfreisinnigen die volle Würdigung des Christenthums. Unsere Schule braucht vor allen Dingen eine gesunde Pädagogik und das ist die christliche Pädagogik. Man verlangt von der Schule, sie solle den Kampf gegen die Socialdemokratie annehmen. Das kann sie aber nicht allein. Die Socialdemokratie ist nicht wie ein Meteor vom Himmel auf die Erde gefallen, noch von der Hölle heraufgekommen, sie ist das Product der Sünden dieser Welt. Aber wo die wahre Kirchlichkeit fehlt, da ist der Boden, auf dem die Socialdemokratie erwachsen kann, und dazu gehört auch die Simultanschule. Wie kann in der Volksschule bei Kindern von höchstens 14 Jahren von einem selbständigen Denken die Rede sein? Von selbständigen Ideen kann nicht die Rede sein mit Ausnahme höchstens des selbständigen Denkens über religiöse Fragen. Das ist bei solchen Kindern schon möglich. Ähnlich ist auch bei den breiten Massen, die auch eine gewisse kindliche Unreife des Geistes haben, das eigene Denken nur an die religiösen Ideen geknüpft. Die Erregung im Volk kommt nur durch die Agitation in der Presse, an deren Wahrheit die Leute immer noch glauben. Von einer volkstümlichen Erregung kann man nicht sprechen. Die Erregung kommt nicht von der Schulfrage, sondern von einer politischen Spannung, und es kommt jetzt darauf an, ob der Liberalismus den gegen das Gesetz begangenen Fehler durch eine Mobilmachung wieder gut macht, oder sich blamirt vom Kriegsschauplatz zurückzieht. (Leichen links.) Wollen Sie überhaupt ein Schulgesetz machen, so ist jetzt die günstigste Zeit dazu, die kommt nicht wieder. (Abg. Richert: Sehr richtig!) Die Confessionallität der Schule ist für die evangelische Kirche noch viel nothwendiger als für die katholische. Es kommt darauf an, die reichen Kräfte der Kirche sich entfalten zu lassen, zur Bekämpfung der Unstillichkeit und des Umfanges. Von einer übertriebenen Confessionallität kann keine Rede sein. Das „möglichst“ in der Verfassung heißt doch „so viel als möglich“. Und die Einrichtung confessioneller Gymnasien und Universitäten wäre gar nicht so schlimm. Als das Judenthum hier unter dem Minister Falk eine besondere jüdische Hochschule gründen wollte, da hat das auf liberaler Seite ganz besonderen Anklage gefunden. Wenn der Abg. Brixow diese Frage im Lichte einer christenthumlosen Moral angesehen hat, so ist er weit hinter der Zeit zurück. Mr. Brixow hat gesagt, mit Priestern ist schlecht auszukommen; nach meiner Ansicht ist mit liberalen Professoren noch viel schlechter auszukommen. Diese haben alles das, was an unverdautem Unglauben vorhanden ist, in die Köpfe gebracht. Die Nationalliberalen beschweren sich über das Verhalten der Regierung, die sie bisher unterstützte hätten. Die Regierung hat Sie viel mehr unterstützt, als Sie die Regierung, und wo wäre die nationalliberale Partei heute ohne diese Unterstützung? Mögen Sie unter der Fahne des gesammelten Liberalismus den Ansturm versuchen. Auf dem Gebiete der Schule werden Sie kein Glück haben, wenn die Regierung klar und stark wie bisher die Prinzipien ihres Entwurfs festhält. Dann wird auch die christliche Weltanschauung den Sieg über die Sünden unseres Zeitalters davontragen. (Lebhaft rechts.)

Abg. Anröcke (freis.): Wenn solche Vorwürfe nur von Mr. Stöcker kämen, könnten wir darüber schweigen. Mag Mr. Stöcker über unsere Stellung zum Christenthum denken, wie er will, das ist uns gleichgültig, und was er darüber sagt, ist für uns pro nihilo gesprochen. (Beifall links.) Wir sind aber auch gestern vom Ministerpräsidenten in einer Weise angegriffen und verletzt, die durchaus nicht gerechtfertigt ist, indem er auch uns gegenüber den Gegenanträgen zwischen christlicher und atheistischer Weltanschauung geltend macht. Sie thun uns damit bitter Unrecht. Wir nehmen für uns in Anspruch, ebenso gut wie Sie und die anderen Herren, auf dem Boden des Christenthums zu stehen; auf dem wollen wir auch verbleiben. Aber unsere Anschauung von dem, was wahrhaft christlich ist, weicht allerdings von der Ihren ab. Sie verneinhren christliche Weltanschauung mit kirchlicher. Der gegenwärtige Kampf ist nicht sowohl ein Kampf zwischen christlicher, sondern altkirchlicher und moderner Weltanschauung. Sie meinen, das Christenthum ist in Gefahr, wenn man die Resultate

der modernen Wissenschaft anerkennt. Wir aber halten das Christenthum seinem wahren Wesen nach sehr wohl verträglich mit der modernen Cultur, und es wäre ein Unglück für unser Volk, wenn dem nicht so wäre. Der Ministerpräsident hat angeführt, daß er auch gegen den Strom zu schwimmen müßte, und dabei auf seinen Sieg bei den Kornzöllen hingedeutet. Aber er unterschätzt das Verhältniß zwischen dem, um was es sich bei den Kornzöllen handelt, und dem, um was es sich hier handelt. Unser Volk mag manches hinnehmen aus dem Gebiete seiner materiellen Interessen. Da, wo es sich um hohe geistige und Culturinteressen handelt, wie in diesem Kampf, da wird unser Volk zeigen, was es wünscht, und nie dafür eintreten, was es nicht erstrebte. Auch ich stehe auf dem Boden des Christenthums und meine, daß das religiös-christliche Leben die Grundlage von Staat und Familie sei. Aber damit ist nicht gesagt, daß wir eintreten sollen für die alten dogmatischen Formeln der Kirche. Ich erinnere dann an das Wort eines berühmten Mannes: es giebt nicht bloß ein Dogma des Materialismus, sondern auch einen Materialismus des Dogmas. (Sehr gut! links.) Herr Stöcker hätte am allerwenigsten Grund gehabt, die Gläubigkeit der Leute zu bestreiten, welche das für wahr halten, was in den Zeitungen steht. Ist er doch selbst an so vielen Zeitungen und Zeitschriften beheimatet. Dieses Schulgesetz bleibt hinter den Schulgesetzen der neueren Zeit in Deutschland zurück, gar nicht zu reden von dem Schulgesetz in Frankreich. (Zuruf rechts: Ahal!) Auf mich macht dieses Gesetz viel weniger den Eindruck eines eigenlichen Schulgesetzes, als eines vorwiegend kirchenpolitischen Gesetzes. Es ist ein gut Theil derjenigen Materie, welche bei einem Schulgesetz die eigentliche Grundlage bilden sollte, zurückgestellt worden gegen orthodokse-confessionelle und staatliche bürokratische Motive. Die Lehrpläne sind eigentlich nur von der confessionellen Seite geordnet. Das Lehrerprüfungsseminar, die Stellung der Volksschule zu anderen höheren Lehranstalten, die Fortbildungsschulen, die Lehrerbefolzung, alles das hat in diesem Gesetz keine genügende Ordnung gefunden. Der Entwurf soll nur die bestehende Praxis festlegen. War es alte Praxis, daß nur confessionelle Schulen errichtet werden durften? Mußten nicht auch früher Simultanschulen eingerichtet werden? War es Praxis, daß an den Schulen nur Lehrer einer Confession angestellt werden durften? War es Praxis, daß die Vertreter der Kirche den Lehrer mit Weisungen versehen durften? — Redner wendet sich dann gegen die Organisation der Schulverwaltung, durch welche die Selbstverwaltung auf diesem Gebiet vollständig vernichtet wird. Durch confessionelle Erziehung wird man die Socialdemokratie nicht bekämpfen; denn an der Spitze derselben stehen gerade solche Männer, welche eine strenge katholische Erziehung genossen haben. Die Socialdemokratie können gar nichts Besseres wünschen, als die Annahme dieses Gesetzes; denn ihre Anhänger würden sich dadurch sehr viel schneller vermehren, als sie sonst erwarten können. Wenn das Gesetz angenommen wird, wird der Lehrermangel sehr erheblich wachsen. Wenn die Lehrer in einem neuen Abhängigkeitsverhältniß gestellt werden, dann wird niemand mehr diesen Beruf ergreifen. Für die Befestigung der Lehrer dankt ihm der Minister, ebenso dafür, daß er die Volksschule nicht herabdrücken will auf das Niveau, welches Mr. Reichenberger als maßgebend hinstellt; aber die Vorlage ist kein Schulgesetz, sondern vielmehr ein Staats- und Kirchugesetz. Deshalb kann ich unter keinen Umständen für dieses Gesetz stimmen, es müßten denn in der Commission durchgreifende Verbesserungen gemacht werden, was ich nicht glaube. Die Verantwortung für dieses Gesetz werden Sie übernehmen müssen. Ich habe diesem Gesetz gegenüber keine andere Empfindung als die: Gott behüte unsere Volksschulen! (Zustimmung links.)

Ministerpräsident Graf v. Caprivi: Abg. Anröcke hat gesagt, ich hätte ihm und seinen Kreisen Unrecht getan mit der Hinweisung auf den Gegenseitigkeit von Theismus und Atheismus. Ich habe gestern gesagt: „Ich glaube, es handelt sich hier in letzter Instanz nicht um evangelisch und katholisch, sondern es handelt sich um Christenthum und Atheismus.“ Für die letzte Instanz halte ich weiter die nationalliberale Partei, noch die freisinnige Partei, sondern ich habe da meine Überzeugung ausdrücken wollen, daß diese Frage auf einem anderen Boden, als auf dem der Kämpfe, die wir jetzt hier führen, werde ausgetragen werden müssen. Er hat dann weiter gesagt, er stehe auf dem Boden des Christenthums. Das freut mich. Über diese Stellung eines Menschen, den ich nicht kenne, zu urtheilen, würde ich nicht wagen. Wenn er aber weiter gesagt hat, daß er eine höhere Vorstellung davon habe, als ich, so glaube ich, daß es einen Maßstab für diese Dinge nicht gibt; und ich ziehe es vor, mich in einen Disput hierüber mit ihm nicht einzulassen. Der Herr Abgeordnete steht, wie mir scheint, auf dem Standpunkt, daß eine Schule auch ohne Religion existieren könnte. (Widerspruch des Abg. Anröcke.) Dann wende ich mich an Ihren Fraktionsgenossen, den Herrn Abg. Richert mit dieser Bemerkung, der uns neulich sagte: in Schottland, dem religiösfesten Lande der Welt, hat man den Religionsunterricht aus der Schule entfernt. Wenn die Vorlesungen auch bei uns zutreffen, könnte ich mich mit Herrn Richert über die Sache verständigen. Aber Schottland ist so religiös, daß es das Risiko gehen kann, die Religion aus der Schule zu nehmen. Wenn wir das thäten, würden wir eben die Religiosität, die wir noch in unserem unteren Schichten haben, nach meinem Dafürhalten gefährden. Ich halte von der Religion im Leben eines Menschen sehr viel. Es ist heute unter Arbeitern enorm schwer, Religiosität zu erhalten. Vielleicht hat der Herr Abg. Richert sich ebenso wie ich mit den Verhältnissen der Werftarbeiter beschäftigt; er wird wissen, wie der Tag eines solchen Menschen, einer solchen Ehe, einer solchen Familie verläuft. In der Mehrzahl der Fälle wird die Frau einer solchen Familie die Möglichkeit nicht haben, in ausgedehnter Weise auf die Religiosität der Kinder einzutreten; wo soll dann ein Kind aus diesen breiten Schichten unserer Nation die Religion herbekommen, wenn es sie nicht aus der Volksschule bekommt? Und, daß es Religion bekommt, ist — darin weiß ich mich mit Ihnen allen einverstanden — wünschenswert. Wenn 60 Kinder in der Volksschule habe, und 50 behalten für das Leben von dem Religionsunterricht garnichts und dem schriftlichen Test es einmal in einer entscheidenden Lage seines Lebens von Werte, sich zu erinnern, daß es einen Gott giebt, dann will ich diese 50 Kinder gern in die Schule schicken; es ist das Opfer werte für das Eine. (Lebhaftes Bravo! rechts und im Centrum.) — Ich wende mich nun zu dem Abgeordneten Friedberg. Er hat auch mit schärfsten Worten eingetragen, er sprach von vergifteten Pfeilen, die auf den zurückprallen, der sie abschießt. Ich will nicht mit gleichen Worten erwidern. Ich habe in den Kreisen meines bisherigen Wirkens nie einen Gismischer gespottet. Aber was sind es denn für Pfeile, die ich auf ihn abgeschossen? Er behauptet sich, die Regierung wolle gegen den Willen der Mittelparteien und der liberalen Parteien ein Gesetz zu Stande bringen. Das nennt er majorisieren. Ja, haben denn die Mittelparteien, deren Unterstützung ich mir wünsche, ein verfassungsmäßiges Recht, nicht durch Majoritäten überstimmt zu werden? Und liegt in dem, was der Herr Abgeordnete gesagt hat, und in dem, was von andern Seiten mir gesagt worden ist, nicht vielmehr das Bestreben, die Staatsregierung zu majorisieren? Nicht wir haben gedroht; uns ist gedroht worden. Sie haben uns Ihren Willen unterwerfen wollen, dagegen wehren wir uns. Der Gedanke, Sie zu majorisieren, in dem Sinne, Sie von Ihrer Überzeugung abschrecken zu wollen, liegt uns fern. Wenn Sie aber überstimmt werden, so müssen Sie sich das gefallen lassen. Ich glaube die Verhüttung, die mir leid thut, hat in etwas anderem ihren Grund. Sie

haben der Regierung den Vorwurf gemacht, sie hätte keine Voraussicht, weil sie nicht hätte kommen sehen, was hier vor sich geht; aber die Voraussicht hat sie doch, daß das Schickl des Gesetzentwurfs noch lange nicht entschieden ist. Ein Gesetz von fast 200 Paragraphen wird so viel Widerspruch im einzelnen herausfordern, daß ich heute noch nicht wissen kann, was aus dem Gesetz wird. Erinnern Sie sich doch an das Geschick, welches Landgemeindeordnung und Einkommensabstufungen auswändig gelernt hat und sich damit nach außen brüstet, trägt die Religion im Herzen, sondern derjenige, der das tut, was die christliche Liebe verlangt. Herr Stöcker, dieses „Musterbild“ von Liebe, kennen wir. (Bewegung rechts.) Herr Stöcker meint, er wisse ja, wie's gemacht wird. (Sehr wahr! links.) Das erkenne ich an, er weiß auch, wie die Petition gegen die Juden 1880, von der er anfangs sagte, er hätte sie nicht unterschrieben und doch bald darauf abgestanden, daß er sie unterschrieben hätte, er weiß, wie die ganze antisemitische Agitation gemacht wird. Gewiß, Sie haben die günstige Gelegenheit für einen solchen Gesetzentwurf, haben Sie jetzt, aber mein Optimismus verläßt mich auch in dieser Stunde nicht; unsere Stellung scheint schlecht, aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß noch manches möglich ist, wenn man 194 Paragraphen durchzuwalten hat; nur keine Überstürzung, wir hoffen, daß auch die Regierung damit einverstanden sein wird, daß wir mit aller Gründlichkeit bei dieser Berathung vorgehen. Auch Graf Limburg-Strümpf hat ja zugegeben, daß das Gesetz noch nicht am 1. April 1893 eingeführt werden könnte, wir haben also reichlich Zeit zur Überlegung. Mir sind noch bei keinem Gesetzentwurf so viele Ausführungen in ablehnendem Sinne aus dem Lande zugegangen, wie diesmal. Die Regierung hat den größten Theil des gebildeten Bürgertums bei diesem Gesetz gegen sich. (Widerspruch rechts und im Centrum.) Nicht wir machen die Agitation, die Aufrugung ist durch den Gesetzentwurf hervorgebracht, die Bewegung im Lande ist unvorstellbar, aus dem innersten Herzen des Volkes quillt sie heraus, und es ist eine Ungerechtigkeit, diese Bewegung auf eine künstliche Agitation zurückzuführen. (Beifall links.) Herr Stöcker sagte heute, er würde gern gemeinsam mit den Nationalliberalen an diesem Werk arbeiten; merkwürdig, daß dieser Herr in antisemitischen Versammlungen ganz anders über diese Partei spricht. (Heiterkeit links, Widerspruch rechts.) Was Herr Stöcker seine Haltung für das Gesetz dictirt, das ist der Haß gegen die „moderne Pädagogik“, gegen die Lehrer, weil sie nicht mit Herrn Stöcker gehen, nicht in den Bahnen seines Christenthums wandeln, es ist sein Deloteneiser, der ihn zu dieser Haltung veranlaßt. (Unruhe rechts.) Aber auch ihm wird ein Leid ersehen, wie einstmal einem anderen jüdischen Priester (Heiterkeit), und wenn er sich heute als Vorkämpfer für das Ministerium Caprivi fühlt, auch seine Stunde wird schlagen. (Große Heiterkeit). Herr Stöcker meinte dann, die Nationalliberalen sollten doch mehr Gefühl für die Ehre Preußens haben, als für Baden. Ja, giebt es denn heute noch eine verschleierte badische und preußische Ehre? Ich denke, wir haben nur eine einzige deutsche Ehre, wie wir ein einziges deutsches Vaterland haben. (Lebhafter Beifall links.) Herr Graf Limburg-Strümpf war doch nicht so empfindlich bei den Handelsverträgen, als die frühere Regierung auf Kosten der jüdischen in den Himmel gehoben wurde. Er, dem leider die Regierung die Ehre einer Disciplinaruntersuchung erwiesen, hat doch sogar erklärt, daß die heutige Regierung sich von Österreich habe in den Hintergrund drängen lassen und der Situation nicht gewachsen sei. Also halten Sie ihm Ihre Vorlesungen, Herr Stöcker. (Große Heiterkeit.) Herr Stöcker meint, wo blieben die Nationalliberalen ohne Unterstüzung der Regierung? Ich möchte Herrn Stöcker fragen, wo blieben die Conservativen ohne die Unterstüzung der Landräthe und Gendarmerie? (Sehr richtig! links.) Nur noch ein Wort dem Ministerpräsidenten gegenüber. Wir stehen zu ihm im Verhältniß der vollen Freiheit und Unabhängigkeit, und wenn vielleicht beide Theile einmal etwas heftig werden, was ja auch dem Reichskanzler bisweilen passiert, so nehm' wir uns das gegenseitig nicht so übel, aber der Ministerpräsident sollte doch nicht vergessen, daß auf die Länge die Methode, bald mit dieser Partei, bald mit jener zu gehen, nicht möglich ist. Er meinte, er hätte bewiesen, daß er gegen den Strom schwimmen kann, bei der Frage der Aufhebung der Gelehrteide. Das war nicht so gefährlich, denn die Mehrheit des Reichstages ist schußbüllnerisch. Heute beim Schulgesetz ist's nicht anders, hier ist auch die Majorität, aber im Lande nicht. Der Ministerpräsident hat die Nationalliberalen damit befriedigen wollen, daß er sagte, Preußen werde sich gegen die Zurückberufung der Jesuiten aussprechen. Ich glaube kaum, daß ihm diese Befriedigung gelungen ist, denn diese Partei ist sicherlich mit mir einig, wenn ich sage, daß es viel weniger gefährlich ist, die Jesuiten zurückzurufen, als die Volksschulen auf eine solche Basis zu stellen, wie der Entwurf es thut. (Lebhaft rechts, Widerspruch rechts.) Wir wollen die Religion nicht aus der Schule verbannen, aber wir wollen nicht den Confessionszwang für die Bildung der Nation. Herr Stöcker hat sogar von einer confessionellen Geographie gesprochen. Wir begreifen nicht, wie man Geographie in dieser Weise lehren soll. (Widerspruch im Centrum.) Quälern Sie doch das Gemüth des Kindes nicht mit solchen confessionellen Dingen; dadurch werden die confessionellen Gegenfälle nur verschärft, niemals gemildert. (Beifall links.) Wir meinen, daß die Stöckerei und Muderei (Heiterkeit) das Unglück unserer Volksschule wäre. Und wie man über die Priesterherrschaft auf dem Gebiet der Schule früher in Preußen gehabt hatte, davon könnte ich Ihnen aus früheren Zeiten manches Beispiel anführen. Nicht um christlich und atheistisch handelt es sich, sondern um Priesterherrschaft. Die beste Propaganda gegen diesen Gesetzentwurf wäre eine Zusammenstellung von Aussprüchen preußischer Könige. (Niederr. citir. Ausprüche Friedrich Wilhelm III. und des Unterrichtsministers von Friedrich d. Gr. Grafen Zedlik.) Ich komme nun zum letzten Punkt: zu der Gründung einer großen liberalen Partei. Ich hätte mir ein Vergnügen gemacht, dem Reichskanzler privat eine Aufklärung über die Frage zu geben, die ihm, glaube ich, beruhigt hätte. Warum denn diese großen Kanonen? (Heiterkeit) Auch Herr Stöcker hat ja folglich politische Gründe hinter der Stellungnahme der Nationalliberalen gewittert. Ich möchte nur wissen, was behauptet denn den Herrn Reichskanzler so sehr eine solche Parteibildung? Was fürchtet er denn davon? First Bismarck stand darin auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Ich hoffe, es wird sich die ganze liberale Linke gegen das Schulgesetz vereinigen. Das ist auch ganz natürlich, und ich kann nur bedauern, daß durch die Macht der Verhältnisse zwischen den beiden Parteien Gegenseite entstanden sind, die sich bisweilen viel zu scharr jüngten. Aber ich sehe nicht ein, warum der Reichskanzler sich so sehr dagegen wehrt, daß eine große liberale Partei gegründet werde. Wenn er die Zukunft richtig beurtheilt, sollte er vielmehr alles daran setzen, eine solche Partei gründen zu helfen. Unser Unglück ist die Parteisplittierung. Es wäre ein Glück für das Land und unsere Politik, wenn wir nur große Parteien hätten, eine liberale und eine conservative. Von dem Bestreben, dieses Ziel zu erreichen, werde ich nicht abgehen, so lange ich lebe. Wir haben den Regierungsantritt des Reichskanzlers freudig begrüßt. Ich persönlich begrüßte ihn als eine Erlösung von der unseligen Politik des „divide et impera“. (Der Reichskanzler verbeugt sich dankend. Lachen rechts.) Wir haben nie daran gedacht, ihn zu uns herüberzuziehen. Wir waren uns jederzeit der großen Gegenseite bewußt, die zwischen ihm und uns liegen. Die Verhetzung und Vergiftung des öffentlichen Lebens hofften wir aber beendet zu sehen. Aber mir scheint, wir sind auf dem besten Wege, zur Bismarckschen Art zurückzukehren. (Unruhe rechts.) Heute mit dieser Partei zu regieren, morgen mit jener, das ist unmöglich für einen Staatsmann, das konnte nicht einmal Bismarck. Wenn der Ministerpräsident glaubt, in diesem Gesetz eine Waffe gegen die Socialdemokratie zu haben, so täuscht er sich. Der „Dörwärts“ sagt in seiner heutigen Nummer, die Bibel schreibt die Socialdemokratie nicht; was Unhaltbares und Unwissenschaftliches drin steht, könne nur denen schaden, die es lehren, und das Blatt schließt mit den Worten: „Wir schauen mit verzögtem Sinn auf diese Schulgefechte hin.“ (Heiterkeit)

Friedrich Wilhelms III. erinnert: „Es will mir scheinen, als ob es eine Theologie gäbe ohne Religion.“ (Gebr. wahr! links.) Nicht derjenige, der eine Anzahl Bibelstellen auswendig gelernt hat und sich damit nach außen brüstet, trägt die Religion im Herzen, sondern derjenige, der das tut, was die christliche Liebe verlangt. Herr Stöcker, dieses „Musterbild“ von Liebe, kennen wir. (Bewegung rechts.) Herr Stöcker meint, er wisse ja, wie's gemacht wird. (Gebr. wahr! links.) Das erkenne ich an, er weiß auch, wie die Petition gegen die Juden 1880, von der er anfangs sagte, er hätte sie nicht unterschrieben und doch bald darauf abgestanden, daß er sie unterschrieben hätte, er weiß, wie die ganze antisemitische Agitation gemacht wird. Gewiß, Sie haben die günstige Gelegenheit für einen solchen Gesetzentwurf, haben Sie jetzt, aber mein Optimismus verläßt mich auch in dieser Stunde nicht; unsere Stellung scheint schlecht, aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß noch manches möglich ist, wenn man 194 Paragraphen durchzuwalten hat; nur keine Überstürzung, wir hoffen, daß auch die Regierung damit einverstanden sein wird, daß wir mit aller Gründlichkeit bei dieser Berathung vorgehen. Auch Graf Limburg-Strümpf hat ja zugegeben, daß das Gesetz noch nicht am 1. April 1893 eingeführt werden könnte, wir haben also reichlich Zeit zur Überlegung. Mir sind noch bei keinem Gesetzentwurf so viele Ausführungen in ablehnendem Sinne aus dem Lande zugegangen, wie diesmal. Die Regierung hat den größten Theil des gebildeten Bürgertums bei diesem Gesetz gegen sich. (Widerspruch rechts und im Centrum.) Nicht wir machen die Agitation, die Aufrugung ist durch den Gesetzentwurf hervorgebracht, die Bewegung im Lande ist unvorstellbar, aus dem innersten Herzen des Volkes quillt sie heraus, und es ist eine Ungerechtigkeit, diese Bewegung auf eine künstliche Agitation zurückzuführen. (Beifall links.) Herr Stöcker sagte heute, er würde gern gemeinsam mit den Nationalliberalen an diesem Werk arbeiten; merkwürdig, daß dieser Herr in antisemitischen Versammlungen ganz anders über diese Partei spricht. (Heiterkeit links, Widerspruch rechts.) Was Herr Stöcker seine Haltung für das Gesetz dictirt, das ist der Haß gegen die „moderne Pädagogik“, gegen die Lehrer, weil sie nicht mit Herrn Stöcker gehen, nicht in den Bahnen seines Christenthums wandeln, es ist sein Deloteneiser, der ihn zu dieser Haltung veranlaßt. (Unruhe rechts.) Aber auch ihm wird ein Leid ersehen, wie einstmal einem anderen jüdischen Priester (Heiterkeit), und wenn er sich heute als Vorkämpfer für das Ministerium Caprivi fühlt, auch seine Stunde wird schlagen. (Große Heiterkeit.) Herr Stöcker meint, wo blieben die Nationalliberalen ohne Unterstüzung der Regierung? Ich möchte Herrn Stöcker fragen, wo blie

links; Unruhe rechts und im Centrum.) Die Schulpolitik, die Sie (nach rechts) treiben, wird Deutschland nicht vor dem Untergang bewahren. (Lebhafte Befall links.) Wir werden in der Commission weiter über das Gesetz beraten, wir werden fleißig arbeiten und Schritt für Schritt für unsere Positionen kämpfen. Man hat uns den Kampf aufgedrungen (Widerspruch rechts und im Centrum), wir werden ihn führen; er wird die Geister in den nächsten Jahren beherrschen und bis in die Familien eindringen, — die Verantwortlichkeit dafür tragen Sie, nicht wir. (Befall links und bei den Nationalliberalen, Widerspruch rechts und im Centrum.)

Graf v. Caprivi: Wenn der Zustand, den der Abgeordnete Friedberg anstrebt, ein dauernder sein sollte, so sind nur drei Fälle möglich. Entweder zwischen der Regierung und der Partei müsste ein dauerndes Einverständnis sein, — ein Zustand, der in Preußen unwahrscheinlich ist, da wir glücklicher Weise keine Parlamentsministerien haben, sondern Ministerien, die der König nach seinem Ermessen wählt. Der zweite Fall wäre der, daß die Partei die Regierung in das Schlepptau nähme, ein Fall, der so lange ich an dieser Seite zu stehen die Ehre habe, nicht eintreten wird. Oder die Partei läßt sich von der Regierung ins Schlepptau nehmen und ginge durch Dick und Dünn mit ihr, — eine Zumutung, die ich den Herren Nationalliberalen zu machen nicht wagen würde. — Der Abgeordnete Rickert sagte, aus dem freundlichen Tone, den ich heute angeschlagen hätte, habe er entnommen, daß ein gewisser Wechsel in meinen Anschaunungen vor sich gegangen sei. Das ist ein eigenhümliches Gedanke. Sr. Rickert legt ebenso großen Wert wie ich darauf, daß die Verhandlungen zwischen den Parteien und der Regierung sich in möglichst guten Formen bewegen; wenn aber aus einem Tone, der nun ein Mal etwas höflicher ist, als er ein anderes Mal war, geschlossen werden sollte, daß ich meine Ansichten geändert habe, würde mir nur übrig bleiben, immer in einem schroffen Ton zu sprechen. Ich bin gestern in diesen Ton vielfach nur durch die Stimmung auf dieser Seite des Hauses gekommen; es tönte mir wiederholt der Ruf entgegen: „Empören!“ Gändert ist meine Stellung zwischen gestern und heute nur insofern, als ich heute gelernt habe, daß es mit der großen liberalen Partei, die, wie ich nun sehe, eigentlich ein Werk des Herrn Rickert hätte sein sollen, nichts ist. Meine Stellung zu den vorliegenden Gesetzesvorschriften ist heute dieselbe, wie sie gestern gewesen ist, und wie sie morgen sein wird. (Bravo rechts.)

Die Vorlage wird einer Commission von 28 Mitgliedern überwiesen.

In erster Beratung wird darauf der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung über die allgemeine Landesverwaltung (Ablösung der Kirchen- und Schul-Abtheilungen) ohne Debatte erledigt und an dieselbe Commission verwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Deutschland.

* Berlin, 31. Januar. In dem Befinden der Kaiser Friedrich ist, wie wir erfahren, eine wesentliche Besserung eingetreten, doch ist Ihre Majestät noch immer genötigt das Zimmer zu hüten. Dieselbe empfing während der leichtvergangenen Tage wiederholt den Besuch der kaiserlichen Majestäten und der zur Zeit hier anwesenden Mitglieder der königlichen Familie, welche sich nach dem Befinden der erlauchten hohen Kranken persönlich erkundigten. — Morgen Vormittag gedenkt die Großherzogin von Baden sich von hier nach Mecklenburg zu begeben um der Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin einen Besuch abzustatten. Soweit bis jetzt bekannt, wird die Frau Großherzogin von Baden alsdann am Dienstag Mittag von Schwerin nach Berlin zurückkehren und noch einige Tage zum Besuch am hiesigen Hofe verbleiben.

* [Kaiser Wilhelm] ließ gestern, am Sterbtag des Kronprinzen Rudolf von Österreich, durch ein Mitglied der deutschen Botschaft am Sarge einen Kranz niederlegen mit der Inschrift: „Dem treuen Freunde Kaiser Wilhelm“.

* [Die Abg. Rickert und Birchow] werden die freisinnige Partei in der Volkschul-Commission des Abgeordnetenhauses vertreten.

* Der Landtagsabgeordnete Dr. Theodor Mithoff, Vertreter des 6. Hildesheimer Wahlkreises (Göttingen, Minden), dessen Tod gemeldet worden ist, war am 4. Februar 1835 geboren und lehrte als Professor in Dorpat von 1873 bis 1884 politische Ökonomie. Im Jahre 1884 übernahm er — von der russischen Regierung wurde ihm bei seinem Ausscheiden von Dorpat der Charakter als Wirklicher Staatsrat verliehen — eine ordentliche professor in Göttingen und war seitdem Mitglied des Abgeordnetenhauses. Der Verstorbenen, welcher zur national-liberalen Partei zählte, galt in wissenschaftlichen und parlamentarischen Kreisen für eine Autorität auf dem Gebiete der Nationalökonomie und der Finanzwissenschaft. Seit dem Jahre 1890 war er Vorsitzender der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses.

* Eine Versammlung von Bankiers fand dieser Abende in der Berliner Börse statt. Es waren etwa 150 Herren anwesend. Der Vorsitzende, Herr Rickert, bezeichnete als Zweck der Versammlung die „Hebung des Ansehens des Bankierstandes“. Der Berichterstatter, Herr Friedmann, wies auf die unliebsamen Ereignisse des vorigen Jahres zurückgreifend, die gegen den ganzen Stand gerichteten Angriffe als unge recht fertigt zurück. Das Adressbuch weise 750 „Bankiers“ in Berlin auf, von denen mindestens 250 diesen Namen nicht verdienen. Wenn fünf Vertreter dieses Standes das Publikum getäuscht hätten, so könnte man nicht den ganzen Stand dafür verantwortlich machen. Der Redner befürwortete zuletzt die Bildung eines unabhängigen Vereins. Consul Boas erklärte, sich nur einer Vereinigung anzuschließen zu können, die nicht gegen die Aeltesten austrete. Endlich wurde einstimmig die Begründung der gewünschten Vereinigung beschlossen und der Entwurf der Satzung einer Commission übertragen.

* In Sachen des Berliner Dombaus theilt die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit, daß der Kaiser schon vor Monaten den Wunsch ausgesprochen hat, am Beginn des neuen Jahrhunderts möge der neue Dom so weit vollendet sein, daß er am 27. Januar 1900 mit einem feierlichen Gottesdienst eingeweiht und eröffnet werden könne.

* „Christenfeindlich.“ Nach Anleitung des Grafen Caprivi hat die „Germania“ jetzt eine sehr hübsche Übersetzung des Wortes „christenfeindlich“ ausfindig gemacht. Wer nicht auf das Schulgesetz des Grafen Jellitz schwört, der ist „christenfeindlich“.

* [Conservative Atheisten.] Im Lande scheint auch an conservativen „Atheisten“ kein Mangel zu sein. Wenigstens wird vielfach gemeldet, daß an den Kundgebungen gegen das Volksschulgesetz, die aller Orten vorbereitet werden, auch Conservative Theil nehmen wollen. Das wird für die conservativen Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Interesse sein.

Braunschweig, 30. Jan. Der Landtag ist bis zum 10. März vertagt worden; vor der Ver-

tagung war noch eine Vorlage eingegangen wegen Verlegung des braunschweigischen Bußflasses auf den Mittwoch vor dem letzten Trinitatis-Sonntag. Die Vorlegung soll in Kraft treten, sobald Preußen die gleiche Bestimmung trifft.

Köln, 30. Januar. Die „Kölnerische Zeitung“ bezeichnet die Blättermeldung, gegen den Geheimrat Baare sei Anklage erhoben worden, als durchaus unbegründet.

Am 2. Februar: Danzig, 1. Febr. M.-A.-b.Tage, S. 7.49, G.U. 4.39. Wetteraussichten für Mittwoch, 3. Februar, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Bedeckt, Nebel, Niederschläge, teils ausstärkend; wärmer. Lebhafte Wind an der Nordsee.

Für Donnerstag, 4. Februar:

Bedeckt, wenig Niederschläge, ziemlich milde. Lebhafte Wind an der Nordsee.

* [Gegen das Volksschulgesetz.] Wie wir hören, hat der Magistrat in seiner heutigen Sitzung auf Vortrag des commissarischen Stadtschulrats einstimmig beschlossen, namens der Stadtgemeinde Danzig eine eingehend motivierte Vorstellung gegen das neue Volksschulgesetz an das Abgeordnetenhaus zu richten und davon der Stadtverordneten-Versammlung, aus deren Mitte ein dahin gehender Antrag vorbereitet wurde.

Der Sitzung wohnte auch Sr. Erster Bürgermeister Dr. Baumhöch als Vorsitzender bei, der gestern aus Berlin hierher zurückgekehrt war.

* [Sturmwarnung.] Folgende neue Sturmwarnung erließ die deutsche Seewarte gestern Abends 11 Uhr: Ein neues barometrisches Minimum nordwestlich von Irland, wo das Barometer stark gesunken ist, macht zunächst zurückdrängende, schwächer werdende, dann wieder aufstrebende Winde wahrscheinlich. Die Küstenstationen haben den Signalball zu ziehen.

* [Sturmschäden.] Der seit mehreren Tagen tobende Weststurm erreichte Sonnabend Nachmittag und in der darauf folgenden Nacht seine größte Gewalt. Zeitweise erreichte er eine solche orkanartige Stärke, daß selbst im Innern der Stadt der Verkehr in ernste Gefahr kam. Auswärts mußte er zeitweise ganz eingefestigt werden. Grob sind die Verwüstungen, welche der Sturm namentlich auf dem platten Lande angerichtet hat. Vielsach sind leichtere Gebäude zerstört, Dächer fortgerissen, Schornsteine umgeworfen, Jäume und Baum-Anlagen niedergeworfen. In einzelnen hoch gelegenen Forstrevieren; so bei Söbbowitz, sind ganze Striche durch Windbruch niedergelegt. Aus unserer Stadt und den Vorstädten ist namentlich über zahlreiche Beschädigung von Dächern und Schornsteinen zu berichten. Ziegelsteine und Dachbefestigungen, die nicht ganz sicher waren, sind losgerissen und auf die Straße geschleudert worden, so hat z. B. das Dach der St. Barbarakirche eine größere Anzahl von Dachziegeln verloren. Glücklicher Weise sind Verletzungen von Menschen nicht vorgekommen. Die Mauer, welche den Hof der St. Bartholomäikirche von dem Faulgraben trennt, hat der Gewalt des Sturmes nicht widerstehen können und ist auf eine Länge von mehreren Metern eingestürzt. In Neufahrwasser, Langfuhr und Stadtgebiet sind Dächer sowohl theilweise als gänzlich zerstört worden, auch die Obertheile von Schornsteinen herabgestoßen worden. Am meisten haben frei liegende Fabrikgebäude gelitten. So ist auf der Schicauischen Werft ein mit Fenstern versperrter Nebenbau, durch welchen Licht in eine Werkstatt einfiel, weggerissen und auf das Dach eines Nebenhofes geschleudert und an einigen anderen Dächern durch die Kraft des Windes der Dachverband gelockert worden. Auch die elektrischen Beleuchtungsanlagen haben vielfach gelitten. Noch heute war man mit Befestigung der Schäden beschäftigt. Zwar ist in der großen Allee vollständiger Baumbruch nicht vorgekommen, desto mehr aber sind die Bäume durch den Abbruch selbst starker Zweige beschädigt. Auf einem neben der Allee befindlichen Grundstück wurde ein Stallgebäude theilweise eingedrückt, auf einem anderen ein Holzdach aufgerissen und fortgeschleudert.

* [Von der Weichsel.] Sturm und Thauwetter haben auch auf der Weichsel die Eisdecke stark mitgenommen, so daß ein naher Eisausgang nicht unwahrscheinlich ist. Es wird dazu nur mäßigen Wassers bedürfen. Bei Aulnau ist die Eisdecke schon so unsicher, daß dort heute der Nachtraject gänzlich eingestellt wurde. Bei Tage wird die Weichsel allerdings noch überschritten.

* [Grafschaubau.] In letzter Zeit wurden in der Grafschaft in der Gegend des Dammes Damen von einem jugendlichen Arbeiter angefallen und ihnen dabei Portemonnaies, Taschen u. a. aus der Hand gerissen. Gestern Abend wurde nur gleichfalls eine Dame auf derselben Stelle ihrer Handtasche beraubt. Dies ist bereits der vierte gemeldete Fall.

* [Feuer.] Gestern Nacht gegen Mitternacht wurde im Carmelitehofe in der Wachstube der dort eingeschlossene Artillerie ein Balkenbrand entdeckt, welcher durch einen eisernen Ofen verursacht worden war. Die Feuerwehr befehlte das Feuer durch Wegstemmen der glimmenden Holzstücke.

* [Selbstmordverüfung.] Der in der Tischlergasse wohnende, beschäftigungslose Schneidegeselle Wladislaus D. verüftigte heute Nacht mittels eines Revolverschusses seinem Leben ein Ende zu machen. Die Angst drang in die linke Seite und hat die Lunge verletzt. Ein herbeigerufener Wachmann ließ den Schwerverletzten nach dem Stadtkirchhof in der Sandgrube bringen.

* [Diebstahl.] Während gestern Nachmittag der Schneidermeister Wilhelm P., Al. Bäckerstraße wohnhaft, sich zur Ruhe gelegt hatte, wurden demselben aus einem anderen Zimmer Möbel und Bettw. u. c. im Werthe von 317 Mk. geflohen. Als Diebe sind der Hausknecht Friedrich G. und der Schneidegeselle Ernst F. ermittelt, letzterer auch verhaftet.

* [Messer-Attacke.] Der Arbeiter Karl D. begleitet von seinem Bruder und zwei anderen Arbeitern, traf gestern Abend auf dem Nachauseweg von Bohnsack-Troy nach Wehlken mit dem Anechten Friedrich H. und Karl R. zusammen. Friedrich H., welcher mit erfahremtem Arbeiter seit einiger Zeit in Feindschaft lebte, brachte ihm mit einem Messer eine ca. 20 Cm.

Lange Schnittwunde am Halse, welche Blutgefäß und Nerven durchtrennt hat, bei. Der Schwerverwundete wurde per Wagen nach dem chirurgischen Lazarett in Danzig gebracht.

K. Rosenberg, 31. Januar. Ein Montagsspiel, zu

dessen Verhandlung 3 Tage, vom 28.—30. Januar, angekündigt, waren, und in welchem 122 Zeugen vernommen wurden, beschäftigte die hiesige Großkammer. Vor den Schranken stand, aus dem Justizhause zu Danzig vorgeführt, schwer gefestelt und von einem Gefängnisbeamten und einem Garde bewacht, angeklagt, gegen vierzig Einbrüche verübt zu haben, der Maurer Franz Tabbert. Es ist eine traurige Geschichte vom Fluch der bösen That, die so viele Verbrechen zu Tage gefördert hat. Tabbert, 28 Jahre alt, hat bessere Tage gefeiert. In Liegnitz geboren, zogen seine Eltern, als er drei Jahre alt war, nach Russland, wo die Familie, nachdem der Vater 1866 an der Cholera gestorben, im ganzen

23 Jahre lang wohnte, worauf sie wieder nach Preußen zurückkehrte. Tabbert wurde nun, 28 Jahre alt, als unsicherer Heerespfeifer zum 44. Regiment eingezogen und stand in St. Eylau. Pfingsten 1890 erbat er Urlaub, um seine Mutter und Geschwister zu Z. zu besuchen. Der Urlaub wurde ihm indessen verweigert. Da sah er den Entschluß zu deiner und verließ seine Garnison. In den Monaten Juni und Juli 1890 wurden in den Städten und mehreren Dörfern der Kreise Rosenberg und Marienwerder fast jede Nacht Einbrüche verübt, so daß sich der Einwohnerstaat eine große Unruhe bemächtigte, da man des oder der Verbrecher nicht habhaft werden konnte. Da wurde zwölfjähriges Tabbert in Pr. Stargard wegen Hausfriedensbruch in einem Restaurant von der Polizei verhaftet. Da Tabbert steckbrieflich verfolgt wurde und Beweise vorlegte, daß er drei Einbrüche und einen Raubanschlag verübt, so wurde er am 7. Oktober 1890 vom Kriegsgericht zu Danzig zu 9½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei einem Einbruch in Riesenburg war bei Verfolgung des Diebes eine Säbelkoppel mit dem Namen Tabbert gefunden worden. Durch diesen Umstand war die Staatsanwaltschaft in Elbing zu der Überzeugung gelangt, daß Tabbert die vielen Einbrüche in den Kreisen Rosenberg und Marienwerder verübt haben müsse, da die Einbrüche fast immer durch Einsteigen durch ein Fenster erfolgt waren. Daher begab sich Herr Landgerichtsrat Fechner in Elbing, begleitet von Tabberts Mutter, nach Danzig, wo er abgeurteilt war, und suchte denselben zu einem Gespräch zu bewegen. Anfangs leugnete er alles, schließlich fing er an zu weinen und gestand, im Rosenbergkreis viele Einbrüche verübt zu haben. Sehr angeklagt, gestand er fast alle ihm zur Last gelegten Einbrüche zu, versuchte einige zu leugnen, wurde indessen dabei durch gewichtige Nebenumstände überführt, und giebt schließlich auch diese Fälle zu. Er hatte es meistens auf Nahrungsmittel, Kleidungsstücke und Geld abgesehen. So hat er wohl fünfzehn Überzieher gestohlen, die er indessen nach einiger Zeit immer wieder wegwarf, angeblich, daß sie ihm nicht gepaßt hätten, und dann wieder andere raubte. Der Staatsanwalt beantragte das Schuldburg in 33 Fällen und eine Zuchthaftraumstrafe bis auf 15 Jahre Zuchthaus. Der Gerichtshof sand Tabbert nur schuldig, 19 vollendete und 4 versuchte Einbrüche verübt zu haben, für welche eine Zuchthaftstrafe von 20 Jahren und 4 Monaten hätten festgesetzt werden müssen. Diese Strafe wurde aber auf 2½ Jahre reduziert und zwar mit Rücksicht darauf, daß das Kriegsgericht eine Strafe von 9½ Jahren (wegen Desertion, dreier Einbrüche und eines Raubanschlags) festgesetzt hatte. Es wurde dem Angeklagten als Strafmilderung angerechnet, daß er sich in einer Notlage befunden und niemand verletzt hat.

Königsberg, 31. Januar. Die Büste des verstorbenen Oberpräsidenten v. Schleemann soll im großen Saale des Landeshauses aufgestellt werden. Das Gipsmodell dazu ist im Atelier des Professors Reusch nunmehr fertiggestellt. Die Büste soll aus cararischer Marmor gearbeitet werden. — Gegenwärtig wird in der Bildhauer-Werkstatt des Professors Reusch auch an der Herstellung eines Grabdenkmals für den commandirenden General Bronkart v. Schellendorff gearbeitet. Die Mittel zu diesem Monument sind nach der „Asgb. Allg. Ztg.“ durch Sammlungen unter den Offizieren, Aerilen und Militär-Beamten im Verbande des 1. Armee-Corps aufgebracht worden. — Bei ihrer Rückkehr aus Russland wird auf Veranlassung des hiesigen Kaufmännischen Vereins Fr. Preußl am 16. Februar ein großes Concert im hiesigen Börsesaale geben.

* Dem Director des Impf- und Lympherezeugungs-Instituts, Kreis-Wundarzt Dr. Lipkau zu Königsberg, ist der Charakte: als Sanitätsrat verliehen worden.

S. Insterburg, 31. Januar. Auch hier kommt die Bewegung gegen das Volksschulgesetz in Fluss. In dieser Woche findet eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten statt, in welcher zu der Vorlage Stellung genommen werden soll. Andere Städte dürfen demnächst mit energischen Aufforderungen gegen das Gesetz folgen. — Die im hiesigen Kreise belegenen Güter Siegmundshöfchen und Autowönen sollen unter Vermittelung der königlichen General-Commission in Rentengüter von 10—120 Morgen umgewandelt werden.

* Dem Director des Impf- und Lympherezeugungs-Instituts, Kreis-Wundarzt Dr. Lipkau zu Königsberg, ist der Charakte: als Sanitätsrat verliehen worden.

S. Insterburg, 31. Januar. Auch hier kommt die Bewegung gegen das Volksschulgesetz in Fluss. In dieser Woche findet eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten statt, in welcher zu der Vorlage Stellung genommen werden soll. Andere Städte dürfen demnächst mit energischen Aufforderungen gegen das Gesetz folgen. — Die im hiesigen Kreise belegenen Güter Siegmundshöfchen und Autowönen sollen unter Vermittelung der königlichen General-Commission in Rentengüter von 10—120 Morgen umgewandelt werden.

* Dem Director des Impf- und Lympherezeugungs-Instituts, Kreis-Wundarzt Dr. Lipkau zu Königsberg, ist der Charakte: als Sanitätsrat verliehen worden.

S. Insterburg, 31. Januar. Auch hier kommt die Bewegung gegen das Volksschulgesetz in Fluss. In dieser Woche findet eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten statt, in welcher zu der Vorlage Stellung genommen werden soll. Andere Städte dürfen demnächst mit energischen Aufforderungen gegen das Gesetz folgen. — Die im hiesigen Kreise belegenen Güter Siegmundshöfchen und Autowönen sollen unter Vermittelung der königlichen General-Commission in Rentengüter von 10—120 Morgen umgewandelt werden.

* Dem Director des Impf- und Lympherezeugungs-Instituts, Kreis-Wundarzt Dr. Lipkau zu Königsberg, ist der Charakte: als Sanitätsrat verliehen worden.

S. Insterburg, 31. Januar. Auch hier kommt die Bewegung gegen das Volksschulgesetz in Fluss. In dieser Woche findet eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten statt, in welcher zu der Vorlage Stellung genommen werden soll. Andere Städte dürfen demnächst mit energischen Aufforderungen gegen das Gesetz folgen. — Die im hiesigen Kreise belegenen Güter Siegmundshöfchen und Autowönen sollen unter Vermittelung der königlichen General-Commission in Rentengüter von 10—120 Morgen umgewandelt werden.

* Dem Director des Impf- und Lympherezeugungs-Instituts, Kreis-Wundarzt Dr. Lipkau zu Königsberg, ist der Charakte: als Sanitätsrat verliehen worden.

S. Insterburg, 31. Januar. Auch hier kommt die Bewegung gegen das Volksschulgesetz in Fluss. In dieser Woche findet eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten statt, in welcher zu der Vorlage Stellung genommen werden soll. Andere Städte dürfen demnächst mit energischen Aufforderungen gegen das Gesetz folgen. — Die im hiesigen Kreise belegenen Güter Siegmundshöfchen und Autowönen sollen unter Vermittelung der königlichen General-Commission in Rentengüter von 10—120 Morgen umgewandelt werden.

* Dem Director des Impf- und Lympherezeugungs-Instituts, Kreis-Wundarzt Dr. Lipkau zu Königsberg, ist der Charakte: als Sanitätsrat verliehen worden.

S. Insterburg, 31. Januar. Auch hier kommt die Bewegung gegen das Volksschulgesetz in Fluss. In dieser Woche findet eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten statt, in welcher zu der Vorlage Stellung genommen werden soll. Andere Städte dürfen demnächst mit energischen Aufforderungen gegen das Gesetz folgen. — Die im hiesigen Kreise belegenen Güter Siegmundshöfchen und Autowönen sollen unter Vermittelung der königlichen General-Commission in Rentengüter von 10—120 Morgen umgewandelt werden.

* Dem Director des Impf- und Lympherezeugungs-Instituts, Kreis-Wundarzt Dr. Lipkau zu Königsberg, ist der Charakte: als Sanitätsrat verliehen worden.

S. Insterburg, 31. Januar. Auch hier kommt die Bewegung gegen das Volksschulgesetz in Fluss. In dieser Woche findet eine außerordentliche Sitzung der Stadt

Beilage zu Nr. 19339 der Danziger Zeitung.

Montag, 1. Februar 1892.

Reichstag.

161. Sitzung vom 30. Januar.

2. Berathung des zweiten Nachtragsetats. In demselben werden an fortbauernden Ausgaben für das Reichsheer an Brod-Tourageverpflegung, Victualien 8 764 923 Mk., ferner an einmaligen ordentlichen Ausgaben für Feldbahnmateriel, Material zum Maschinenbetrieb ic. 1 309 413 Mk. und an einmaligen außerordentlichen Ausgaben als erste Rate für die Befestigung von Helgoland 1 396 000 Mk. gefordert.

Abg. Richter glaubt, daß die Befestigung von Helgoland sehr theuer werde. Er hofft, daß der Erwerb Helgolands dazu führen würde, die stürmische Entwicklung unserer Kriegsflotte etwas einzuschränken.

Capitän zur See Büchsel erklärt, daß der Erwerb der Insel Helgoland auf die Entwicklung der Kriegsflotte keinen Einfluß habe.

Abg. Singer (soc.) erklärt, seine Partei werde gegen die Bewilligung stimmen.

Abg. Graf Arnim (Reichsp.) hält die Befestigung von Helgoland für eine nothwendige Consequenz ihres Erwerbs, der gegen werthvolle Concessionen unsererseits zu Stande gekommen sei. Die Herren von der linken Seite, die doch sonst für den Fortschritt seien, sollten doch hier nicht die Parole ausgeben: immer langsam voran.

Viceadmiral Hollmann erklärt, daß das befestigte Helgoland nur einen indirekten Werth für die Küstenverteidigung habe und auf die Entwicklung unserer Flotte ohne Einfluß sei.

Abg. Bebel hält den Erwerb der Insel für Deutschland für werthlos. Dieselbe verursache nur Kosten und keinen Nutzen.

Abg. Richter warnt vor der weiteren übermäßigen Entwicklung unserer Flotte. Das seien unproductive Ausgaben, die für solche Zwecke aufgenommen würden.

Graf Arnim (Reichsp.): Die Ausgaben für die Flotte sind nicht unproductiv; sie bleiben im Lande und fördern die Industrie.

Der Nachtragsetat wird genehmigt.

Es folgt sodann die zweite Berathung der allgemeinen Rechnung über den Reichshaushalt des Jahres 1892/85.

Hierzu liegt ein Antrag des Abg. Meyer (freis.) vor, den bei früheren Gelegenheiten zur Sprache gebrachten Vorbehalt auszusprechen, daß der Reichskanzler gewisse, nur mit der Unterschrift des Kriegsministers verfehlte allerhöchste Ordres für Militärausgaben mit seiner verantwortlichen Unterschrift nachträglich deckt, und diesen Vorbehalt zu erneuern für die Etagen der Jahre 1881/82, 1882/83 und 1883/84. — Die Commission beantragt dagegen Dechargeertheilung.

Abg. Gröber (Centr.): Der Reichstag habe in dieser Frage der Gegenzeichnung bisher immer eine sehr schwankende Haltung eingenommen, außerdem könne niemand verlangen, daß der jetzige Reichskanzler für Ausgaben vor seiner Amthätigkeit die Verantwortung übernehme.

Abg. Pieschel (nat.-lib.) wünscht, daß endlich durch Gesetz Alarheit darüber geschaffen werde, in welchen Fällen der Reichskanzler die Verantwortlichkeit zu übernehmen habe. Redner beantragt nochmalige Zurückverweisung an die Commission.

Abg. Meyer (freis.) stimmt diesem Antrage zu.

Staatssekretär Bosse vermag nicht einzusehen, wie eine Zurückverweisung an die Commission die Sache fördern könnte, da dort auch nichts anderes über die Sache vorgebracht werden könne, als was hier im Reichstage schon vorgebracht sei. Es handle sich hier gar nicht um politische Rechte des Reichstages. Außerdem sei die Verantwortung des Reichskanzlers schon jetzt in vollem Maße vorhanden.

Abg. Bachem (Centr.) erklärt sich ebenfalls gegen die Zurückweisung an die Commission. Wenn man durch den Antrag Meyer die politischen Rechte des Reichstages wahren wolle, so bemerke er, daß diese Rechte bei Gelegenheit der Verhandlungen über das Comptabilitätsgebot zur Sprache kommen würden.

Abg. v. Hellendorff (cons.) empfiehlt die Dechargeirung.

Abgeordneter Rickert: Mir ist das Verhalten des Centrums sehr befremdlich, infofern dieses gewillt scheint, dem Standpunkt der Regierung nachzugeben. Windthorst hatte seiner Zeit die Frage für so wichtig gehalten, daß er ihre Entscheidung nicht übereilt. Will das Haus wirklich entscheiden, dann mag es auch in beschlußfähiger Anzahl versammelt sein, das ist aber heute nicht der Fall. Lassen Sie den Rechnungshof nicht in dieser Vertretung unserer Interessen im Stich. Geben wir diese Waffe aus der Hand, so bekommen wir das Comptabilitätsgebot nie — wir würden eben ein Resolutionen fassen, daß der Bundesrat einfach in die Tasche steckt. Warum wir hier auf das Vor gehen Preußens warten sollen, das mit Militärrechnungen nichts zu thun hat, verstehe ich nicht.

Abg. Pieschel (nat.-lib.) dankt dem Staatssekretär für das Versprechen der Vorlage eines Comptabilitätsgebotes.

Abg. Meyer-Berlin: Unser Dechargerecht ist das nothwendige Correlat unseres Budgetrechts, ohne erstes wäre das letztere reine Romödie. Die Ober-Rechnungskammer macht uns doch nicht Mitteilungen, je nachdem sie plauderhaft gestimmt ist, sondern wenn ihr eine Gesetzesübertretung vorzuliegen scheint, und hier glaubt sie eine Verlelung der Art. 17 und 72 der Verf. zu sehen. Gehen wir darüber einfach hinweg, so wird sie eben sagen: „Der Reichstag legt die Verfassung nicht aus, wie die Ober-Rechnungskammer, sondern wie der Bundesrat, habeat sibi“, und wird uns in dieser Materie nicht wieder kommen.

Staatssekretär v. Bosse: Es stehen sich hier zwei Rechtsanschauungen gegenüber, die Regierung muß mit derselben Sicherheit ihren Rechtsstandpunkt vertheidigen wie die Gegenpartei.

Hierauf beantragt Abg. Rickert Vertragung, für dieselbe stimmen 55, gegen dieselbe 53 Abgeordnete, das Haus ist mithin nicht beschlußfähig.
Nächste Sitzung: Mittwoch.

Danzig, 1. Februar.

* [Krieger-Verein.] Im Schützenhause beging am Sonnabend der Danziger Kriegerverein durch einen Ball die Nachfeier des Geburtstages des Kaisers, an welcher sich außer den Mitgliedern des Vereins mehrere Offiziere der hiesigen Garnison und Beamte der kaiserl. Werft und der königl. Militärwerkstätten beteiligten. Das Vergnügen wurde durch einen Festakt eröffnet, bei welchem Herr Major Engel eine Ansprache hielt, die mit einem Hoch auf den Kaiser schloß. In einer Pause

während des Balles stand ein gemeinsames Festessen statt. Zu gleicher Zeit hielt auch der Kriegerverein „Borussia“ im Café Nöthel einen Festakt ab, mit welchem die Feier des neunten Stiftungsfestes verbunden war.

Ω Berent, 30. Januar. Gestern Nachmittag gegen 5 Uhr erkönte wiederum einmal das Feuersignal. Es brannte ein auf dem Grundstücke des Schmiedemeisters Wenzel stehendes Hintergebäude. Durch das ihatkräftige Eingreifen der freiwilligen Feuerwehr wurde das Feuer, welches seinen Herd in den auf dem Boden des Gebäudes lagernden Stroh- und Heuvorräthen hatte, bald gelöscht und das davon ergrißene Gebäude nur theilweise zerstört. Auch ist es diesmal gelungen, sofort die Entstehungsart des Feuers festzustellen. Der Schornstein (russische Röhre) in dem Postgebäude liegt unmittelbar an dem Wenzel'schen Stalle. Die Ummauerung des Schornsteins ist aber so defekt, daß man jetzt, wo das Dach des Stalles fort ist und eine bessere Inaugenscheinnahme gestaltet, durch in den Wandungen des Schornsteins befindliche Risse die hellen Flammen in diesem sehen kann. Letztere haben die auf dem Stallboden lagernden Heu- und Strohvorräthe entzündet und dadurch zweifellos den Brand hervorgerufen, denn da, wo das Heu und Stroh am Schornstein lagerte, befand sich auch der Herd des Feuers. — Vor einigen Tagen wurden dem Pferdehändler Holzstein aus Neuteich auf dem dortigen Markte 1300 Mk. gestohlen. Unsere Polizei ist den Dieben auf der Spur. Es sind dies die hiesigen vielfach vorbestraften Arbeiter L. und H., während der dritte Dieb in Neu-Alinsch sein soll. Die beiden Erwähnten sind flüchtig geworden.

Ω Elbing, 31. Jan. Der orkanartige Sturm der letzten Tage hat beträchtliche Schäden hier sowohl wie in der Umgegend angerichtet. Am schlimmsten scheint er auf der Truner Höhe gewirkt zu haben, denn von dort aus liegen Meldungen vor, nach denen zwei Ställe umgeworfen und verschiedene Gebäude ganz oder theilweise der Bedachung beraubt wurden. In den ausgebreiteten Rohrkampen am frischen Haff und dem Drausensee sind die noch nicht geborenen Reste des Rohres vollständig verwüstet. Mit dem Sturm war sehr starkes Thauwetter verbunden. Der Schnee, welcher ungefähr einen halben Fuß hoch lag, ist in kurzer Zeit gänzlich verschwunden. Das Eis auf der unteren Rogat wurde schon in der Nacht von Freitag zu Sonnabend so mürbe, daß es nicht mehr betreten werden konnte. Auf dem frischen Haff bildeten sich zunächst mächtige Risse, durch welche das Wasser drang. Hierbei ist es, wie alljährlich, wenn plötzliches Thauwetter eintritt, nicht ohne Schäden und Unsäume für die Fischer abgegangen. Der Fischer Samuel Schulz, welcher am Freitag sein Wintergarn in eine offene Wuhne ausgelegt hatte, wollte dieses Sonnabend Morgen einholen und wagte sich mit einem einspännigen Schlitten auf das Haff hinaus, das bereits bedenkliche Spalten zeigte. Sein Pferd stürzte plötzlich und zugleich entstand mit donnerähnlichem Geschöpf vor ihm ein großer Riß, aus welchem das Wasser mit solcher Macht hervordrang, daß es über die Rufen des Schlittens trat, und er schleunig umkehren mußte. Aber mit Schrecken entdeckte er, daß ihm auch der Rückweg durch inzwischen entstandene Risse abgeschnitten war. Er irrte nun unter Aufbietung

der größten Vorsicht auf dem Haff umher und fand zum Glück einen Ausweg durch die immer zahlreicher werdenden Risse, jedoch erst nach halbstündiger Fahrt. Kurz vor dem Lande brach das Pferd einen Fuß, worauf er den Schlitten selbst ans Land ziehen mußte. Seine Neige sind verloren gegangen. Gleich ihm haben eine Anzahl anderer Fischer ihre Wintergarne nicht rechtzeitig einziehen können und deren Verlust zu beklagen. Der wilden Himmel gingen schon Freitag so große Wassermengen zu, daß sie hoch anstiegen und die Eisdicke zerstörten. Vor der Mündung hatte sich eine Eisverstopfung gebildet, in Folge dessen sich das Wasser staute und am äußeren Marienburger Damm, wie ebenfalls telegraphisch gemeldet ist, überzutreten drohte. Eine kleine Wassermenge ergoß sich über den Damm in den Kohlgarten. Das Wasser sicherte auch durch den Damm und überschwemmte die Wiesen bei der Schichauschen Locomotivfabrik Tretkinkenhof. In der vergangenen Nacht und im Laufe des heutigen Tages ist von den Anwohnern und Mannschaften der Feuerwehr mit aller Anstrengung an der Befestigung der Gefahr gearbeitet worden.

Ω Bromberg, 31. Januar. Mit dem Bau der Eisenbahn von Nakel nach Konitz wird in aller nächster Zeit, sofern dies nur irgend die Witterung gestattet, vorgegangen werden, da die Baupläne etc. jetzt vom Minister genehmigt worden sind. — Am nächsten Sonnabend, 6. Februar, wird der landwirtschaftliche Kreisverein eine Sitzung abhalten. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag „Über das neue Rentengesetz“, außerdem ist ein Vortrag angekündigt „Über die Errichtung von Landes-Arbeitsagenturen in den großen Städten“. — Die hiesige Liedertafel wird am 26. und 27. Februar ihr 50jähriges Bestehen feiern.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 30. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holstein. loco rubig, neuer 215—220. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 218—230, russ. loco ruhig, neuer 192—198 nom. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rübsöl (unverzöllt) ruhig, loco 59.00. — Spiritus matt, per Januar 35 $\frac{1}{4}$ Br., per Jan.-Febr. 35 $\frac{1}{4}$ Br., per April-Mai 35 $\frac{1}{4}$ Br., per Mai-Juni 35 $\frac{1}{4}$ Br. — Kaffee fest, Umlah 2500 Sach. — Petroleum behauptet. Standard white loco 6,40 Br., per Jan.-März 6,30 Br. — Stürmisch.

Hamburg, 30. Januar. Kaffee. Good average Santos per März 67 $\frac{1}{2}$ per Mai 65, per Juli 63. Behauptet.

Hamburg, 30. Januar. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rübenrohrzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Ukraine, f. a. B. Hamburg per Januar 14,35, per März 14,57 $\frac{1}{2}$, per Mai 14,90, per August 15,22 $\frac{1}{2}$. Ruhig.

Bremen, 30. Januar. Kaffee. Petroleum. (Schlußbericht.) Fah zollfrei. Ruhig. Loco 6,75 Br.

Navre, 30. Jan. Kaffee. Good average Santos per März 88,50, per Mai 83,25, per September 78,50. Fest.

Frankfurt a. M., 30. Jan. Effecten-Societät. (Schluß.) Österreichische Credit-Actien 265 $\frac{1}{2}$, Franzosen 258 $\frac{1}{2}$, Lombarden 81 $\frac{1}{2}$, ung. Goldrente 93,30. Gotthardbahn 138,80. Disconto-Commandit 181,90. Dresden Bank 135,10. Bochumer Gußstahl 113,40. Dortmunder Union St.-Pr. —, Gelsenkirchen —, Harpener 132,50. Hibernia 124,50. Laurahütte 108,10, 3% Portugiesen 29,80. Fest.

